



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,30 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gespaltene Pettizeile 0,50 Goldmark, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Der Verbandstag in Hamburg.

Diensdag, den 30. Juni 1925.

Roland Leipzig will zum Industrieverband dem Antrag Eisenach zustimmen. Der Graphische Bund konnte nicht so vorwärts kommen, wie man erwartet hatte. Im graphischen Kartell von Leipzig arbeiten die Buchdrucker, Hilfsarbeiter und Buchbinder gut zusammen, die Teilnahme der Steindrucker läßt zu wünschen übrig. Mit der Redaktion der "Solidarität" sind wir zufrieden, wünschen aber die von Berlin geforderte Jugendbeilage.

Sabath vom Vorstand des DGB. Schon seit 1892 steht die Frage des IV. auf der Tagesordnung und in dieser Richtung hat sich die Entwicklung der Gewerkschaften auch bewegt. Die Gewerkschaften dürfen nicht in ein starres System gezwungen werden, die Organisationsform muß beweglich gestaltet werden. Eine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit besteht eigentlich zwischen den vier graphischen Verbänden nicht. Diejenigen, die dem Bundesvorstand den Vorwurf machen, daß er nicht genügend die Entwicklung treibt, kennen wohl die Befugnisse des Bundesvorstandes wenig. In verschiedenen Verbänden sind es gerade die Vorstände gewesen, die zum IV. gedrängt haben, während die Mitglieder ihm entgegenstanden. Die Lösung der Frage des IV. wird nicht durch die Führer gehindert. Wie schwer die Lösung dieser Frage ist, zeigen die Arbeiten der nach dem Leipziger Kongreß eingesetzten Kommission. Der Bundesvorstand hat den Vorstoß gemacht, daß das Ziel der deutschen freien Gewerkschaften der IV. ist. Er ist der Meinung, man soll nicht Zwangsgebilde schaffen, der IV. soll sich aus den Verhältnissen entwickeln. Wir streiten uns zu viel um die Form, anstatt den Inhalt der Organisationsformen den gegebenen Verhältnissen anzupassen. Die Entwicklung nach der Revolution war keine natürliche, sondern eine treibhausartige, die beim Wechsel der Temperatur wieder zurückging. Der feste Kern in den Gewerkschaften waren die alten gesunkenen Mitglieder, die alle Stürme und Krisen überdauert haben. Im Jahre 1919 war es Mode geworden, Gewerkschafter und Sozialdemokrat zu sein. Der Bundesvorstand wird versuchen, alle Richtungen auf einer Plattform zu vereinigen.

Werner-Stuttgart. Ehrlichweise müssen wir mit der Tätigkeit des Vorstandes einverstanden sein. Zum IV. muß bemerkt werden, daß wir uns nicht der Entwicklung entgegenstellen können. Man soll sich nicht täuschen, daß man nur durch den IV. günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen schaffen kann. Der neu von Berlin eingebrachten Entschliessung kann man zustimmen.

Gloth-Berlin verweist noch einmal auf diese Entschliessung. Die Kollegen Schütze, Schmidt und Lodaßl verzichteten auf das Schlusswort.

Bucher-Vorstand freut sich darüber, daß die Tätigkeit des Vorstandes Anerkennung gefunden hat. Die Aussprache über den Industrieverband hat eine Klärung der Meinungen gebracht. Ölmilch hat dazu keine neuen Gedanken gebracht, sondern die oft gehörten alten Redensarten wiederholt. Wir haben uns schon seit Jahren im Verband mit der Frage des Industrieverbandes beschäftigt und schon auf dem Verbandstag in Bremen dazu Stellung genommen. Wenn wir heute noch die alte Organisationsform haben, so beweist es, daß wir die richtige Form bis jetzt haben. Bequem ist es, sich auf die Buchdrucker herausreden zu wollen. Bei den Gehilfen ist bisher ruhig und praktisch gearbeitet worden, was auch bei uns geschehen ist. Die Buchbinder wollen manchmal nicht verstehen, daß die Verhältnisse bei uns anders als in ihrer Organisation liegen. Im Graphischen Bund ist praktische Arbeit geleistet worden; man hat ein Einheitsstatut geschaffen, das aber von dem Verbandstag der Buchbinder nicht angenommen wurde. Das Zusammenarbeiten mit den anderen graphischen Organisationen ist ein zufriedenstellendes. Das Verhalten einiger weniger gut erzogener Mitglieder bei den Steindruckern tann der Leitung nicht zum Vorwurf gemacht werden. Auch durch eine Zusammenlegung der Verbandszeitungen können keine Erparnisse gemacht werden, sie würde den Mitgliedern keine Vorteile bringen. Arbeiten wir rüstig weiter in den graphischen Kartellen.

Folgende Entschliessung wurde einstimmig angenommen:

Der 8. ordentliche Verbandstag zu Hamburg beauftragt den Vorstand, jede vorhandene Möglichkeit, uns dem Industrieverband näher zu bringen, auszunutzen.

Eine erste Etappe zur Förderung dieses Zieles erblickt der Verbandstag im weiteren Ausbau des Graphischen Bundes. Er verpflichtet alle Zahlstellen, erneut auf die Resolution vom 7. Verbandstag in Frankfurt a. M. (Seite 293 des Protokolls).

Damit sind alle anderen Anträge zum IV. erledigt. Einfindig spricht der Verbandstag durch folgende Entschliessung dem Vorstand sein Vertrauen aus:

Der 8. ordentliche Verbandstag zu Hamburg nimmt Kenntnis von der Tätigkeit des Vorstandes von den Berichtsjahren 1920 bis 1925, erklärt sich mit dieser Tätigkeit einverstanden und spricht demselben sein volles Vertrauen aus.

Damit ist der erste Gegenstand der Tagesordnung erledigt. Der Punkt Tarif- und Lohnbewegungen wird in geschlossener Sitzung behandelt.

In seinem einleitenden Referat gibt Kollege Bucher in großen Zügen einen Ueberblick über die Entwicklung des Tarifes im Buchdruckgewerbe. Er geht dann auf die Lattit bei den Lohn- und Tarifverhandlungen ein, die den Teilnehmern an der Verbandsgeneralversammlung wichtige Aufschlüsse geben. Kollege Hornte behandelt die tariflichen Arbeiten im Steindruckgewerbe und zeigt ausführlich, in welcher Form für das Hilfspersonal weiterhin gearbeitet werden muß. Die Lohn- und Tarifbewegungen im Schriftgießergewerbe finden eingehende Behandlung durch den Referenten. In der Aussprache kommt von allen Rednern zum Ausdruck, daß die Tätigkeit des Vorstandes und der Verhandlungskommission volle Anerkennung verdient, obwohl die einzelnen Abfchlüsse zum Teil scharf kritisiert werden. Besondere Wünsche werden geäußert, in erster Linie verlangen die weiblichen Teilnehmer auf dem Verbandstag eine Besserstellung in der Entlohnung der Kolleginnen, die bei den an sie gestellten beruflichen Anforderungen viel zu niedrige Löhne haben. Auch die Vertreter der Bruderverbände bringen ihre Erfahrungen zum Ausdruck; sie sehen in gemeinsamer Arbeit für die wirtschaftliche Besserstellung die sicherste Gewähr für den Erfolg. Bestehende Differenzen müssen und sollen beseitigt werden. Nach einem Schlusswort des Kollegen Bucher wird folgende Entschliessung einstimmig angenommen:

Entschliessung:

Der 8. ordentliche Verbandstag in Hamburg ist mit der bisherigen Tarifpolitik, die der Vorstandsvorstand eingeschlagen hat, einverstanden.

Bei den künftigen Verhandlungen über den Neuaufschluß des Reichstarifs für das Buch- und Zeitungsdruckerei-Hilfspersonal ist mit allem Nachdruck auf eine weitere Erhöhung der Prozentätze bei der Lohnberechnung hinzuwirken und die Beseitigung noch bestehender Ungerechtigkeiten zu erstreben. Insbesondere ist die Unterjährigkeit in der Ferienberechnung zwischen Gehilfen und Hilfspersonal zu beseitigen.

Im Steindruckgewerbe ist der Kampf um die Schaffung eines Reichstarifs mit allen Mitteln fortzusetzen.

Zum Kampf der Kollegen und Kolleginnen im Schriftgießergewerbe nimmt der Verbandstag nachstehende Entschliessung an:

Entschliessung:

Der im Kampf um einen gerechten Lohn stehenden Kollegenschaft im Schriftgießergewerbe, drückt der Verbandstag seine volle Sympathie aus. Er erteilt dem Vorstandsvorstand den Auftrag, alle Mittel anzuwenden, um den ausgebrochenen Kampf zu einem siegreichen Ende zu führen.

Mittwoch, den 1. Juli 1925.

Ein Protest gegen die Ausschließung eines Berichterstatters der kommunistischen Presse ist eingegangen. Lieber den Protest geht, nach kurzen Ausführungen Buchers, der Verbandstag, ohne daß jemand das Wort nimmt, zur Tagesordnung über.

Lodaßl referiert zum Beitrags- und Unterstützungs-wesen. Er gibt zuerst eine Darlegung, wie bisher mit den zwei verschiedenen Beitragssystemen gearbeitet wurde. Das eine System richtete sich genau nach dem Lohn, während das andere auf einer bestimmten Gruppeneinteilung basierte. Beide Systeme haben Vor- und Nachteile, das letzte hat aber den Vorzug, nicht so viel Beitragsklassen zu haben wie das erste, was dadurch die Arbeit der ehrenamtlich tätigen Funktionäre sehr erschwert. Die Gegner der Beitragserhöhung behaupteten stets auf allen Verbandstagen und Konferenzen, daß eine Beitragserhöhung einen Mitgliederertrag zur Folge hat. Das ist jedoch nicht der Fall. Wir sehen sogar, daß in den Verbänden mit den niedrigen Beiträgen der Mitgliederertrag am größten war und ist. Die vorgezeichneten Unterstützungsätze werden manchen zu niedrig vorkommen. Wir müssen aber bedenken, die Unterstützungen sind nur als eine Art Zuschuß vom Verband zu betrachten. Trotzdem wir 1924 keine Unterstützung zahlen, haben wir eine fällige Mitgliederzunahme gehabt. In erster Linie muß sich der Verband auf die kommenden Kampfe vorbereiten. Niemals hatten wir früher die notwendigen Mittel zur Kriegsführung zur Verfügung. Bei jedem Lohnstreit mußten sofort Extrabeiträge ausgeschriebe und, wenn der Kampf länger dauerte, Darlehen aufgenommen werden. Heute muß sich der Verbandstag entscheiden, ob er den früheren Zustand

wieder wünscht, oder ob er den Verband zu einer moderneren Kampforganisation ausbauen will.

Der Verbandstag beschließt, zuerst über die materiellen Anträge zur Statutenänderung zu beraten.

Blanteburg-Berlin: Die Berechnungen aus dem Jahre 1925 können eine erschöpfende Auskunft über unsere Verhältnisse nicht geben, wir müssen weiter zurückgreifen und die Berechnungen auch auf das Vorjahr ausdehnen. Wohl ist nach einer Beitragserhöhung ein Mitgliederertrag zu verzeichnen; der Kassenbericht über 1924 zeigt das deutlich. In Berlin sind noch viele jugendliche Mitglieder vorhanden, die durch eine Beitragserhöhung leicht dem Verbande entfremdet werden können. Der Redner gibt statistische Berechnungen über das Organisationsalter Berliner Mitglieder bekannt. Vergleiche über Einnahmen, Ausgaben und Ueberschuß der Berliner Ortsverwaltung veranlassen den Redner, die Anträge des Vorstandes abzulehnen und die Anträge Berlins zur Annahme zu empfehlen. Wir sind nicht gegen jede Beitragserhöhung, aber man muß prüfen, wie weit eine Belastung von den Mitgliedern getragen werden kann. Für die Mitglieder im Steindruck müssen unbedingt Erleichterungen geschaffen werden.

Schmid-München. Die glänzende Konjunktur wird nicht mehr von langer Dauer sein. Deshalb muß für diese Zeit Vorsorge geschaffen werden. Wir können daher gar nicht genug Geld in der Kasse haben, um die Mitglieder dann tatkräftig zu unterstützen. Mit den jetzigen Mitteln ist das nicht möglich. Der neue Antrag des Vorstandes ist daher genau zu prüfen. Besser ist es allerdings, wenn die Beiträge nach dem Lohn, wie München es beantragt, festgelegt werden. Die Festlegung der Unterstützungsätze bei Arbeitslosigkeit muß ebenfalls nach dem Antrag München geschehen.

Kab-Frankfurt a. M. will eventuell über den Frankfurter Antrag noch hinausgehen, indem eine höhere Klasse angehängt werden soll. Die Funktionäre haben bei der Einbringung der Beiträge die größten Schwierigkeiten zu überwinden, auch dadurch, daß die Buchbinder bei demselben Verdienste viel geringere Beiträge erheben. In zwei Zahlstellen sind 500 Mitglieder ausgetreten, weil die Beiträge höher als bei den Buchbindern waren. Die Arbeitslosenunterstützung kann nach dem Antrage von Lodaßl beschlossen werden.

Sparthl-Hannover: Die Beiträge unserer weiblichen Mitglieder sind die höchsten bei allen Gewerkschaften. Eine Beitragserhöhung bis zu 1,30 M. ist zu hoch. Gau Hannover ist mit einer Beitragserhöhung einverstanden, die aber in der obersten Klasse höchstens 1.-M. betragen darf. Für die Arbeitslosenunterstützung empfiehlt der Redner den Antrag seines Gaues.

Donnerstag, den 2. Juli 1925.

Müller-Waing: Eine Beitragserhöhung ist ohne Zweifel notwendig, ebenso die Wiedereinführung der Krankenunterstützung und die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung. Aber so, wie der Vorstand will, kann es nicht gehen. Sein Antrag bedeutet eine 50prozentige Erhöhung, die auf keinem Fall in der Provinz durchzuführen ist.

Wenn die Buchbinder auch erhöhte Beiträge festsetzen, so führen sie diese Beiträge in den meisten Fällen nicht durch; bei uns aber wird durch die straffe Organisation die Durchführung der Beiträge verlangt. Eine Beitragserhöhung von 10 Pf. ist vielleicht notwendig. Höhere Beiträge müßten abgelehnt werden. Deshalb bittet er, den Antrag des Vorstandsvorstandes abzulehnen.

Töpel-Magdeburg: Die Gruppeneinteilung ist nicht die richtige. Zweckmäßiger ist, eine Festsetzung der Beiträge nach Lohnstufen. Die Vorlage des Kollegen Lodaßl zeigt viele Lücken auf. Wenn die Berliner Delegierten sich gegen die Beitragsfestsetzung nach Lohnklassen wenden, so können wir das verstehen, da sie einen Konflikt mit ihren Kollegen befürchten. Die Magdeburger Kollegen stehen auf dem Standpunkt, daß die Einführung der Krankenunterstützung eine Notwendigkeit ist. Ebenso ist es Pflicht, die Invalidenunterstützung einzuführen.

Larm-Danzig: Die Danziger Kollegen haben bisher stets die höchsten Beiträge gezahlt, und wenn der Antrag 152 angenommen würde, müßten die Kollegen einen Beitrag von 1,50 Gulden zahlen.

Böh-Berlin: Bei den minderwertigen Löhnen sind die geforderten neuen Beiträge zu hoch. Die Mitglieder in Berlin sind, was die weiblichen anlangt, nicht rüstig genug, die Löhne von sich aus zu erhöhen. Viele indifferente Kollegen werden durch eine Beitragserhöhung abprungen, die wir daher ablehnen müssen.

Schmeier-München: Die kommenden Lohnbewegungen werden besonders im Steindruckgewerbe recht schwer werden. Den Unternehmern imponiert nur eine gut gefüllte Kasse, für die wir sorgen müssen. Der Antrag Schmid-München kann von den Münchener Delegierten unterflicht werden, nur der Passus nicht, daß mit je 5.-M. Lohnhöhung der Beitrag entsprechend erhöht

wird. Eine Neuerung des Vorstandes, wie er zur Invidienunterstützung steht, wäre sehr erwünscht. Eine ausreichende Arbeitslosenunterstützung erfordert natürlich eine entsprechende Beitragserhöhung.

W o l k e n - Leipzig spricht gegen die von Bodahl beantragte Beitragserhöhung. Besonders schwer wird es jetzt schon den Jugendlichen, den bisherigen Beitrag zu zahlen. Mit dem Gruppenbeitrag hat Leipzig gute Erfahrungen gemacht. Eine Erhöhung könnte vielleicht nach dem Antrag München erfolgen. Die Krankenunterstützung muß eingeführt werden; über die Höhe wird sich reden lassen. Arbeitslosenunterstützung sollte nur in den Jahrestellen gezahlt werden, die einen Angestellten haben. Mit dem Antrag von Bodahl können wir uns durchaus nicht befunden.

T ä u b r i c h - Dresden: Die Vorlage von Bodahl ist unannehmbar. Die Mitglieder würden durch diese Beitragserhöhung zu stark belastet werden. Eine Krankenunterstützung lehnt Dresden ab, da die Mitglieder in ihrem Verband einen Kampf- und keine Unterstützungsorganisation sehen wollen. In Dresden ist kein Mitglied ausgetreten, weil es keine Krankenunterstützung bekommen hat. Die Einführung der Dresdener Beitragserhöhung war sehr schwer; mit Vertrauenspersonen größerer Betriebe mußten Kompromisse abgeschlossen werden. Dresden fordert eine Lohnstaffelung der Beiträge, da dieses System am besten für die Mitgliedschaft im Steindruck paßt. Der Gau 5 lehnt in seiner Gesamtheit den Vorschlag von Bodahl ab.

R e i s m a n n - Breslau: Die Krankenunterstützung kann ohne Bedenken fallen gelassen werden. Aber Invidienunterstützung und Sterbebeihilfe muß zur Einführung kommen. Er empfiehlt für die Beitragsregelung den Antrag Düsseldorf, mit Einführung einer 4. Klasse für Jugendliche. Unbedingt muß für eine gut gefüllte Kasse gesorgt werden. Der Ortsbeitrag ist viel zu niedrig bis jetzt gewesen. Die Ortsstellen bedürfen für besondere Ausgaben größere Mittel. Deshalb wäre es gut, wenn die Zahlstellen sich die Ortsbeiträge selbst festsetzen.

S a b a t h , WDG: Schon in der Jugendzeit der Gewerkschaftsbewegung gab es stets Mitglieder, denen die Beiträge zu hoch waren. Das war so, als der 10-Pf.-Wochenbeitrag erhoben wurde und ist bis heute so geblieben. Die schwersten Kämpfe sehen noch bevor, darum muß der Verband stark sein. Die Werbestaff eines Verbandes wächst mit seiner Aktivität. Nicht die Begeisterung der Mitglieder macht die Stärke der Organisation, damit allein werden keine Kämpfe gewonnen. Die Kassen müssen gestärkt werden. Eine irrtümliche Meinung ist es auch, daß der Verband keine Unterstützungsorganisationen braucht. Sie haben zur Festigung der Organisationen gut beigetragen, sie bedeuten ein Stück praktischer Solidarität. Unterstützungen sind nicht Selbstzweck, aber Mittel zum Zweck. Die Beiträge müssen, wie Bodahl richtig will, nach der finanziellen Leistungsfähigkeit der Mitglieder festgelegt werden. Den Mitgliedern leistet man den besten Dienst, wenn man den Verband finanziell so stärkt, daß er den kommenden Kämpfen gegenüber gewappnet ist.

H e i l m a n n - Köln: Wir haben dafür zu sorgen, die Verbandstafel so schnell und so gut wie möglich zu stärken, müssen allerdings die Tragfähigkeit der Mitglieder dabei im Auge behalten. Deshalb dürfen wir Beiträge nicht nach der Vorlage von Bodahl festsetzen. Der Redner stellt Vergleiche mit den Beiträgen der Buchdrucker an und kommt zu dem Schluß, daß die Kolleginnen höhere Beiträge im Verhältnis zu ihrem Lohn zahlen als die Buchdrucker. Tragbar wird ein Beitrag mit 1,- Mk. in der Spitze sein. Er bittet um Überweisung des Antrages Dortmund in die Kommission. In absehbarer Zeit werden größere Kämpfe nicht zu erwarten sein, die jegliche Konjunktur dürfte noch anhalten.

R ü t t e r , Buchbinderverband, gibt Aufschlüsse über die Beitragsregelung in seiner Organisation. Nach der neuen Vorlage des Verbandsvorstandes zum Verbandstag wird in der Spitze 1,50 Mk. ohne Ortsbeitrag gefordert; Hamburg hat einen 1 1/2-fachen Stundenbeitrag gefordert, selbst kleine Jahrestellen haben 1,50 Mk. beantragt. Die Anträge bewegen sich also nicht in der bescheidenen Höhe, wie die hier vorliegenden. Je höher die Beiträge sind, um so weniger wird der Verband zum Kampf gezwungen werden. Um gewissen Klassen halten die Unternehmer in Schach. Auch bei uns wird keine Krankenunterstützung gefordert und, wenn die Mitglieder welche fordern, wird ihnen bedeutet, daß sie dann aber höhere Beiträge zahlen müssen. Je höher der Beitrag, je höher können die Ansprüche an die Organisation sein und um so mehr werden die Mitglieder an die Organisation gefesselt.

G l o t z - Berlin: Wir sind im Beitragszahlen nicht engherzig. Es wird wenig Verbände geben, die höhere Beiträge erheben, als der graphische Hilfsarbeiterverband. Durch Beitragserhöhungen entstehen Mitgliederverluste. Man soll mit diesen Erhöhungen nicht leichtfertig umgehen. In Dresden hat man uns den schwarzen Mann an die Wand gemalt. Eine 50prozentige Erhöhung bedeutet eine große Gefahr für den Verband. Die Berechnungen von Bodahl in Dresden sind nicht richtig gewesen. Der Ueberzuschuß je Quartal beträgt jetzt über 100 000 Mk. Die Anträge von Berlin, über die Festsetzung der Arbeitslosenunterstützung sind nicht zu hoch, wenn man bedenkt, daß die höchsten Sätze erst nach zehnjähriger Mitgliedschaft gezahlt werden. Er schlägt eine Erhöhung von 10 Pf. in jeder Beitragsklasse und von 20 Pf. in der höchsten Klasse vor. Verwaltungstechnisch ist die Klasseneinteilung in der jetzigen Form gut.

S o n n e , Verbandsvorstand: Bei der Festlegung der Beiträge und Unterstützungen darf man nicht gefühlsmäßig urteilen, hier hat der Bescheid zu entscheiden. Eine Beitragserhöhung ist ja von allen Rednern anerkannt worden. Man soll sich freuen, daß sich nach den Beschlüssen von Dresden die Verbandstafel so gut erholt hat. In Berlin hat die neue Beitragserhöhung keine nennenswerten Schwierigkeiten bereitet. Die größte Angst vor einer Erhöhung der Beiträge haben nicht die Mitglieder, sondern meist die Funktionäre. Warum mußten wir des öfteren Bewegungen früher abbrechen, weil wir keine Mittel zur Durchführung hatten. Die Gruppeneinteilung ist auf Wunsch der Funktionäre eingeführt worden. Die letzte Gauleiterkonferenz hat sich noch für dieses System entschieden. Wie außerordentlich die Ausgaben in der Ortsverwaltung gestiegen sind, zeigen die Erhöhungen der Ortsbeiträge, die um 100 Proz. erhöht wurden. Was man also den Ortsverwaltungen gibt, soll man der Verbandstafel nicht vor-

enthalten. Aber so viel wollen wir ja nicht einmal haben. Die Unterstützungen müssen erhöht werden, aber man soll sich hüten, vor einer zu starken Erhöhung, damit ihre Durchführung nicht in Frage gestellt ist. Auch um die Einführung der Krankenunterstützung werden wir nicht herumkommen. Kleinliche Bedenken sollen zurückgestellt werden. Die Verbandstafel muß haben, was die Mitglieder im Bereich des Möglichen leisten können.

W e r n e r - Stuttgart: Auch die Bedenken gegen eine zu hohe Belastung der Mitglieder müssen gewürdigt werden. Wir sind immer weitläufig in Bewilligung von Mitteln gewesen, aber das hat eine Grenze, wenn die anderen Verbände nicht mitkommen. Obwohl keine Beitragserhöhung von Stuttgart beantragt worden ist, sind wir nicht dagegen. Nach unserer Auffassung sind die Staffelleistungen nach dem Verdienst gerechter als die Gruppeneinteilung. Wir wünschen Erhöhung der Arbeitslosen- und Einführung der Krankenunterstützung. Es müssen aber Sätze festgelegt werden, die nicht lächerlich wirken.

R o l a n d - Leipzig ist nicht Gegner der Beitragserhöhung, wenn Unterstützungen eingeführt und erhöht werden, nur sind die Sätze von Bodahl zu hoch.

W . C r o h m a n n - Berlin: Die Berliner Delegation ist nicht Gegner einer Beitragserhöhung. Die Ueberflüsse der Verbandstafel fließen sich ständig, so daß keine Befürchtung besteht, die beantragten Unterstützungen nicht zahlen zu können. Der Münchener Vorschlag ist praktisch und durchführbar. Die Einführung des Sterbegeldes ist abzulehnen, ebenfalls die Invidienunterstützung. Auf keinen Fall dürfen die unteren Klassen stärker als mit 10 Pf. belastet werden, eher könnte die höchste Klasse etwas schärfer herangezogen werden.

H e r m a n n - Dresden: Obwohl die Dresdener Mitglieder die Krankenunterstützung ablehnen, fordern sie die Mitglieder im Gau. Erfreut ist man allgemein über den Sprung in der Beitragserhöhung nach dem Vorschlag des Verbandsvorstandes. Die Durchführung bei den Mitgliedern ist überaus schwer. Der Vertreter des WDG möchte bei den Generalversammlungen anderer Organisationen dahin wirken, daß die anderen Verbände in der Festlegung der Beiträge uns nachkommen. Der Redner wendet sich energig gegen die Behauptung von Hornke, daß die Funktionäre angänglicher als die Mitglieder eine Beitragserhöhung aufnehmen.

Nach einer kurzen Erwidern von Hornke erfaßt das Schlußwort:

B o d a h l : Seine Vorschläge sind gemacht worden, um die Organisation kampffähiger zu machen, als sie zurzeit ist. Die Art, wie Grotz aufbauen will, bringt kein Geld in die Verbandstafel. Durchsichtlich ist immer, schon vor dem Kriege, ein einjähriges Stundenlohn als Beitrag erhoben worden, nur die Inflation hat eine Ausnahme gemacht. Der Redner geht auf die Vorschläge und Ausführungen der einzelnen Delegationsredner ein, denen er entgegentritt. Die Krankenunterstützung wird eine große Belastung für die Verbandstafel bedeuten. Freuen sollen wir uns, daß meine Dresdener Befürchtung nicht eingetroffen ist: Wir haben das eintausendfachen Rückgangsumstand zu verdanken. Die Berechnungen von Wautenburg über die Krankenunterstützung stimmen nicht, sie sind viel zu niedrig eingefügt. Die Mitglieder sind in der Lage, die geforderten Beiträge zu leisten; besonders Berlin, das in der Mehrzahl männliche Mitglieder hat.

Der Verbandstag kommt zur Abstimmung: Einstimmig wird grundsätzlich eine Beitragserhöhung beschlossen.

Der Verbandstag entscheidet sich für die Gruppeneinteilung mit 36 gegen 27 Stimmen.

Die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung wird gegen acht Stimmen beschlossen.

Die Wiedereinführung der Krankenunterstützung wird beschlossen.

Die Invidienunterstützung und das Sterbegeld wird abgelehnt.

Der Verbandstag entscheidet, daß die Anträge über die Prozenz der Jahrestellen der Finanzkommission überwiesen werden.

In der Hamburger kommunistischen Zeitung ist ein Bericht über die Verhandlungen des Verbandstages erschienen, der erstellte die Ausführungen der Redner wiedergibt. Günther vermahnt sich gegen die Unterstellungen in dem Hamburger Kommunistenblatt. Für eine solche Berichterstattung findet er nur den Ausdruck tiefster Verachtung.

S p a l t h o f f : Verbandsvorstand begründet die Anträge des Verbandsvorstandes, in § 2 will der Verbandsvorstand eingefügt haben „unter Ausschaltung aller parteipolitischen und religiösen Fragen“. Das ist notwendig, da durch Betonung der Parteipolitik und durch kirchliche und religiöse Streitigkeiten leicht Berufsangehörige vom Verband abgestoßen werden. Der Verband ist neutral und darf mit Parteipolitik und Kirche nichts zu tun haben. Die Aufnahme eines Mitgliedes kann auch verweigert werden, wenn es sich eines großen Verstoßes gegen die Grundsätze des WDG, und des WGB, schuldig macht. Eine Änderung in der Wahl des Verbandsvorstandes beantragt der Vorstand, die Mitglieder sollen vom Verbandstag gewählt, und unabhängig von irgendeiner Zahlstelle gemacht werden. Die Vorschläge zur Vorstandswahl soll die Berliner Zahlstelle machen. In derselben Weise soll die Revisionskommission gewählt werden. Zum § 17 (Zahlstellen) wird vom Verbandsvorstand beantragt, daß aus Lokalbeiträgen nur vom Verbandsvorstand genehmigte Unterstützungen gemacht werden können. Jede Zahlstelle hat für ordnungsgemäße Geschäftsführung zu sorgen und haftet für richtige Eintreibung und Abführung der Beitragsgelder an die Verbandstafel. Außerdem liegt noch ein Antrag zum Streitreglement vor, der bezwecken soll, daß in der Öffentlichkeit nicht über vertrauliche Dinge berichtet wird.

G l o t z - Berlin spricht gegen den Antrag zur Wahl des Verbandsvorstandes. Unabhängig muß jedes Vorstandsmitglied von der Zahlstelle sein. Der Verbandsvorstand arbeitet mit den in Berlin gewählten Mitgliedern gut. Die Revisionskommission muß durch den Beirat ersetzt werden. Der Beirat muß bestehen bleiben, die Kommission soll sich den besten Antrag aussuchen. Es liegt absolut keine Verantwortung vor, den Modus der Wahl für den Verbandsvorstand zu ändern.

M a r x - Berlin begründet die Anträge zur Jugendabteilung, die die Jugendbewegung besser fördern soll. Allen Zahlstellen soll es zur Pflicht gemacht werden, die Jugendbewegung zu fördern. Der „Solidarität“ braucht keine be-

sondere Jugendbeilage beigelegt werden, es dürfte genügen, wenn 14tägig oder wöchentlich eine Spalte oder halbe Seite in unserer Zeitung für die Jugend zur Verfügung gestellt wird. Bildungsarbeit, Pflege der Gesselligkeit muß für unsere Jugend geboten werden. Eine Zusammenfassung der Jugend in graphischen Jugendartikeln ist besonders notwendig. Der Redner befragt dann die Einzelheiten des Berliner Antrages. In der Zahlstelle Berlin gibt es nach der Statistik 145 Jugendliche, was aber kaum stimmen kann, es müssen mehr sein.

G ü n t h e r - Berlin wendet sich gegen den Antrag des Verbandsvorstandes, parteipolitische und religiöse Fragen auszuschalten. Er bekämpft außerdem den Antrag, daß Mitglieder nicht aufgenommen werden, die gegen Grundsätze des WDG und WGB verstoßen, und empfiehlt die Annahme des Antrages Dresden.

R e d l i n g - Nürnberg spricht zu dem Antrag über Aufhebung des Beirates. Der Apparat ist zu umständlich und kostspielig. Der Fall ist vorgekommen, daß ein Beiratsmitglied erst beim Gauleiter Rat eingeholt hat, welche Stellungnahme er einnehmen soll.

B u c h e r , Verbandsvorstand. Eine ganze Reihe Fragen haben das Dertliche als Leitmotiv. Dazu gehört auch der Widerspruch des Berliner gegen den Antrag über die Wahl des Verbandsvorstandes. Wir wollen nicht, daß die Vorstandsmitglieder alle einer Meinung sein sollen. Wir wollen gerade Anregungen haben, sachliche Meinungsdivergenzen haben noch nie geschadet. Früher wurden immer oppositionelle Kollegen in den Verbandsvorstand gewählt, in dem Moment aber, da sie die Meinung des Verbandsvorstandes vertreten mußten, und im Widerspruch zu einflussreichen Berliner Kreisen traten, mußten sie von der Bildfläche verschwinden. Gewiß muß die größte Zahlstelle einen gewissen Einfluß auf den Verbandsvorstand haben, der aber nicht mißbraucht werden darf. Als eine Änderung in der Zusammenfassung des Verbandsvorstandes durch den Beirat beschlossen wurde, kamen die neuen Berliner Vorstandsmitglieder mit einer Stimmengabe von 150 zu ihrem Mandat. Das zeigt doch nicht von einem großen Interesse für den Verbandsvorstand in Berlin. Ein früherer Angestellter in Berlin, der nicht wiedergewählt wurde, verlagte den Verbandsvorstand, dieser Kollege wurde dann später von den Berliner Mitgliedern in den Verbandsvorstand gewählt. Gegen Zufallsabwahlen muß sich der Verbandsvorstand schützen. Die Berliner sind gebeten worden, zum Verbandstag Kandidaten zum Verbandsvorstand zu wählen. Das Ersuchen wurde abgelehnt, da deswegen, wie gesagt wurde, allein kein Mitglied zur Versammlung kommt. Die Mitgliedschaft nimmt keine Rücksicht auf die Vertreter einzelner Berufsgruppen im Verbandsvorstand, hier auf dem Verbandstag ist es nicht ein Vertreter des Steindruck unter den Berliner Delegierten. In bezug auf die Jugendfrage muß jedes Wort unentschieden werden, was gesagt wurde. Der Antrag auf Förderung der Jugendbewegung kann zur Annahme kommen. Man soll aber nichts nachahmen, was andere Berufsverbände getan haben, die in erster Linie für die sachliche Ausbildung der jugendlichen Mitglieder sorgen. Nehmen wir die vorbildlichen Einrichtungen der gewerkschaftlichen Jugendartikeln in Anspruch; suchen wir unsere jungen Mitglieder dahin zu bringen. Mit der Einführung einer Jugendbeilage soll man sehr vorsichtig sein und sich wohl überlegen, ob ein derartiges Blatt dauernd so ausgestattet werden kann, daß es die Teilnahme der Jugend regt fällt. Wir wollen durch unseren Antrag den p a r t e i p o l i t i s c h e n Streit innerhalb der Gewerkschaften beseitigen. Vollkommen religiöse Neutralität haben wir auch nach außen hin zu wahren, weil wir innerlich davon überzeugt sind. Die Anerkennung der Grundsätze des WDG, muß von der Aufnahme eines Mitgliedes abhängig gemacht werden. Jeder hat sich bei der Aufnahme dazu zu bekennen, damit spätere Differenzen vermieden werden können. Der Beirat muß demgemäß gestaltet werden.

H e r m a n n - Dresden nimmt zu dem Antrag des Verbandsvorstandes Stellung. Er schließt sich dem Berliner Antrag an. Dem Passus, Ausschaltung parteipolitischer und religiöser Tendenzen, stimmt er zu. Für die Beibehaltung des Beirates setzt sich der Redner ein, er muß allerdings etwas beweglicher gestaltet werden, so daß er wirklich eine beratende Instanz für den Verbandsvorstand darstellt. Außerdem soll der Antrag von Dresden über unvermutete Revisionen und der Antrag über Pflichten der Funktionäre vom Verbandstag angenommen werden. Gewiß muß der Nachwuchs gepflegt und gefördert werden, aber überall ist der Antrag nicht durchführbar. Eine Jugendbeilage würde uns sehr hohe Kosten verursachen.

Freitag, den 3. Juni 1925.

W i e g e n s t e i n - Rassel tritt dafür ein, daß die Zahl der Delegierten erhöht wird, und anfast auf 600, auf 500 Mitglieder ein Delegierter entfällt. Den Antrag Gau II über Ertragsbeiträge, zieht er zurück und befristet den Antrag des Verbandsvorstandes.

S e l l g e - Hamburg will sich nicht sehr ausführlich mit den Anträgen beschäftigen, da er als Mitglied der Kommission die Gelegenheit nehmen wird, ausführlich darauf einzugehen.

B e y e r - Leipzig begründet den Antrag über Erhaltung des Arbeitsnachweises. In der Jugendbewegung stellt er sich auf den Boden der ausführlichen Begründung des Berliner Delegierten. Leipzig wünscht ferner die Erhaltung und den Ausbau der Betriebsräte. Er empfiehlt ferner den Antrag 94. Es müsse auch gegen solche Mitglieder vorgegangen werden, die erfolglose Handlungen begangen. Antrag 99 wird zurückgezogen. Der Redner wünscht Beibehaltung des Beirates in seiner jetzigen Form.

F a b u t - Königsberg begründet den Antrag seiner Zahlstelle über schleimige Belieferung von Büchern, Kartotheken usw.

B u c h e r , Verbandsvorstand, entgegnet dem Vorredner, daß es einer solchen besonderen Bestimmung nicht bedarf.

F r a n z - Dresden spricht zur Zusammenfassung des Beirates und befristet den Antrag Dresden. Mit dem Beiratsvorsitzenden ist immer gut gearbeitet worden.

S a b a t h , WDG: Die Wahl der ungewählten Vorstandsmitglieder vom Verbandstag ist nicht neu und besteht bei vielen Verbänden. Die Art der Wahl soll bewiesen, daß alle Vorstandsmitglieder den ganzen Verband vertreten. Einfluß hat die Vorzugszahlstelle durch ihr Vorschlagsrecht zum Verbandstag. Zur Jugendbildung kann nicht genug getan werden; es fehlt uns an Nachwuchs. Die Schluß-

bestimmungen gegen gewisse Personen sind leider notwendig. Die Gewerkschaften sind viel zu langsam gegen diese Leute gewesen; wer sich nicht in den Rahmen der Gewerkschaften einfügen kann, der gehört nicht hinein. Die Schutzbestimmungen richten sich nicht gegen Kritik, sondern gegen gewissenlose Treibereien. Die Leitung und Führung des Beirats muß in Händen des Vorstandes liegen, sonst kann es unter Umständen dazu kommen, daß der Verband zwei Vorstände hat. Zum Beirat muß auch die Gaulteiler gehören, da sie die ausführenden Organe des Verbandes sind. (G. a. t. h. - Berlin: Die verhältnismäßig geringe Zahl, die in Berlin gewählten Vorstandsmitglieder bei ihrer Wahl bekommen haben, kommt daher, daß die Berliner Zahlstelle schon vorher einmal gewählt hatte, die Gewählten aber nicht befähigt wurden, weil die Leitung der Berliner Verammlung vergessen hatte, die Kandidaten zu fragen, ob sie auf dem Boden der Richtung Amsterdam stehen. Eine neue Versammlung nur einzuberufen, um Vor schläge für die Vorstandswahl zu machen, war allerdings nicht möglich. Zur Frage des Beirats nimmt er eine andere Stellung als Sabath ein. Ueberlassen wird diese Angelegenheit aber der Kommission.)

B. H. e. - Hamburg begründet den Antrag auf Einführung eines Verbandsauschusses. Sabath hat mit seiner Meinung das Richtige getroffen, wenn der Vorsitzende des Beirats gleichzeitig der Verbandsvorsitzende ist. Er empfiehlt die Schaffung eines Verbandsauschusses, der dem Verbandsvorstand als Berater in besonderen Fällen beigegeben ist, im übrigen solle er nur Beobachtungsposten sein.

B. i. n. j. e. - Bremen wünscht, daß die Frage der Haftung der Zahlstellen für Unregelmäßigkeiten besser präzisiert wird. **H. e. i. m. a. n. n. - Köln:** Die Delegierten vom Gau 1 stehen auf dem Standpunkt, daß die Verbandsvorstandsmitglieder auf dem Verbandstage gewählt werden. Der Verbandsbeirat muß bestehen bleiben, aber besser gefastet werden. Die Jugendbewegung muß in allen Fällen gefördert werden, damit die jungen Mitglieder nicht in falsche Hände geraten.

A. l. b. - Frankfurt a. M. spricht zu dem Antrag über die Zusammenfassung des Beirats, er sieht nicht die Notwendigkeit dieser Institution ein. In Frankfurt a. M. geht es mit der Jugendbewegung schwer vorwärts. **S. c. h. u. l. z. e. - Redaktion** spricht zur Förderung der Jugendbewegung und zur Bildungsarbeit.

R. e. i. n. k. e. - Berlin schließt sich den Ausführungen von B. o. h. j. e. über den Beirat an und befürwortet den Antrag Berlin über die Zusammenfassung und Wahl des Verbandsvorstandes. Er behauptet im Gegensatz zu Schulze, daß wohl genügend Personen für die Übernahme von Funktionen vorhanden sind, auch Mitglieder, die das Amt eines Gaulteilers übernehmen können, aber die Personen gefallen den leitenden Personen im Verbandsvorstand nicht.

H. o. r. n. e. - Verbandsvorstand befürwortet den Antrag des Vorstandes über die Wahl der ehrenamtlichen Vorstandsmitglieder und geht im Sinne des Vorstandes auch auf die Sicherungsbestimmung über die Aufnahme von Mitgliedern in den Verband ein. Die Förderung der Jugendbewegung, die Heranbildung eines erforderlichen Nachwuchses ist unbedingte Notwendigkeit.

W. e. b. e. r. - Barmen ist mit den Ausführungen von Sabath einverstanden. **G. r. o. h. m. a. n. n. - Berlin** polemisiert gegen die Ausführungen von Hornte, ist aber mit ihm über eine Vertretung der einzelnen Berufsgruppen im Vorstand einverstanden. Den Antrag zu § 3 (Schutzbestimmung) unterstützt der Redner, will aber eine andere Fassung. Der Beirat muß bestimmte Funktionen ausüben und den Vorstand entlasten, er ist notwendig. Förderung der Jugendbewegung und der Bildungsarbeit wollen auch die Berliner. Sie sind mit der Ueberweisung an den Vorstand einverstanden.

Die Debatte wird durch Antrag geschlossen. **B. u. c. h. e. r. :** Durch die Verringerung der Mitglieder, die einen Delegierten wählen, wird das Verbandsparlament unnötig vergrößert und beschwerlicher. Jeder sind bei den Wahlen zum Verbandstag nicht überall die kleineren Orte berücksichtigt worden. Die Wortzahlstelle hat in einigen Gauen die Provinzorte majorisiert und alle Delegierten entsendet. Der Beirat muß so beschaffen sein, daß die leitende Instanz des Verbandes der Vorstand bleibt. Die Wahlen der unbesetzten Mitglieder zum Verbandsvorstande auf dem Verbandstag ist die vollendetste Form der Demokratie. Die Jugendbewegung will der Vorstand fördern.

H. e. r. m. a. n. n. - Dresden zieht den 2. Absatz von Antrag 126 zurück. Der Verbandstag beschließt mit 44 gegen 18 Stimmen, die Wahlen des gesamten Verbandsvorstandes auf dem Verbandstag vorzunehmen. Der Verbandstag beschließt gegen 15 Stimmen, daß die Einrichtung des Verbandsbeirats weiter bestehen soll. Der Verbandstag lehnt die Einführung einer Jugendbeilage mit 33 gegen 25 Stimmen ab.

Eine Wahlkommission wird eingesetzt, sie besteht aus 5 Mitgliedern und zwar aus den Kollegen Küster-Braunschweig, Müller-Mainz, Serdeggen-München, Süß-Leipzig, Künjler-Bremen. **S. c. h. m. i. d. - München** erstattet Bericht über die Arbeit der Finanzkommission, die in einer Vorlage den Delegierten vorgelegt wird. **S. e. i. c. h. - Buchdruckerverband.** Die Unterstufungen sind nach dem Kommissionsvorschlag zum Teil höher als im Buchdruckerverband, besonders die Sätze über Streit- und Gemeindegeldunterstützung. Es kann einem Verband vielleicht sehr schwer fallen, im Ernstfalle diese Unterstufung zu zahlen.

Ohne Aussprache wird beschlossen zu § 3: **A. u. f. n. a. h. m. e.** Alle dem Verband beitretenden männlichen Mitglieder haben ein Eintrittsgeld in der Höhe von 50 Pf., alle weiblichen Mitglieder von 30 Pf. und Jugendlichen unter 17 Jahren von 10 Pf. zu entrichten. Mitglieder, die aus anderen Organisationen übertrreten, dort ihrer Beitragspflicht bis zum Uebertritt nachgekommen sind, werden ohne Eintrittsgeld aufgenommen. Voraussetzung ist, daß sie von ihrer Organisation ordnungsgemäß abgemeldet sind.

Die Aussprache über die von der Kommission vorgelegenen Beitragsätze wird von Louise Krapp-Berlin eingeleitet, die die Beiträge in der vorgeschlagenen Höhe für die weiblichen Mitglieder ablehnt. Alle folgenden Redner lehnen die Vorlage ab, so daß die Zustimmung ebenfalls die Ablehnung der Kommissionsvorschläge ergibt.

Ein neuer Antrag, statt der Gruppenbeiträge die Verbandsbeiträge nach dem Verdienst gestaffelt zu erheben, geht ein. Mit geringer Mehrheit wird dieser Antrag angenommen. Damit ist der Beschluß des Verbandstages über Gruppenbeiträge aufgehoben. Die Vorlage über die Beiträge geht an die Finanzkommission zurück, die neu ergänzt wird, da drei Mitglieder freiwillig auscheiden. Die Kommission nimmt sofort die Beratungen auf. Eine Entschlieung, die sich gegen das von der Reichsregierung geplante Schutzollgesetz richtet, ist eingegangen. Sie wird einstimmig angenommen und hat folgenden Wortlaut:

Entschlieung.

Der 8. ordentliche Verbandstag des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands in Hamburg wendet sich mit aller Schärfe gegen die von der Reichsregierung im Reichstag eingebrachte Schutzollvorlage. Er sieht darin eine ungeheure Gefahr für den Wirtschaftsleben und für das Gedeihen des deutschen Wirtschaftslebens. Die Zollvorlage ist nichts anderes als eine einseitige Begünstigung großgrundiger Landwirtschaftskreise. Ihre Durchführung wird naturgemäß ein scharfes Anziehen aller Preise für die Bedarfsartikel des täglichen Lebens zur Folge haben. Die Teuerung wird die schwachen Ansätze einer Besserung der Volksernährung und Volksgesundheit wieder illusorisch machen und große Lohnkämpfe nach sich ziehen.

Der Verbandstag richtet an die gesamte Arbeitnehmerschaft der graphischen Gewerbe den dringenden Appell, gemeinsam und geschlossen an dem Kampf gegen die Schutzollvorlage teilzunehmen. Er setzt in die Maßnahmen des Bundesvorstandes des DGB, das Vertrauen, daß er nichts unversucht lassen wird, um das Zustandekommen eines Schutzollgesetzes zu vereiteln.

Dann tritt der Verbandstag in die Beratung des nächstfolgenden Gegenstandes der Tagesordnung „Agitation“ ein. Das einleitende Referat hat der Redakteur Schulze, der die Arbeiten der Funktionäre in der Agitation eingehend würdigt. Die Agitation durch die bekannten Mittel zu betreiben, genügt keineswegs. Flugblätter und Broschüren haben nur dann Wert, wenn sie von den Unorganisierten gelesen werden. Meistens legen aber indifferente Berufsangehörige dieses Werbematerial unbeachtet zur Seite, so daß es seinen Zweck verfehlt. Auch der Erfolg in den Agitationsveranstaltungen ist meist gering. Die Leute, für die die Veranstaltungen einberufen werden, kommen oft nicht, so daß die besten Reden ihre Wirkung verfehlen. Die beste Art der Agitation ist die von Mund zu Mund in den Betrieben oder an anderen Orten, wo die Kollegen und Kolleginnen zusammenkommen. Sie hier wirksam zu betätigen, muß jedes Mitglied befähigt sein. Es genügt nicht der gute Wille, den zweifellos viele Funktionäre haben, genügend Können und Wissen werden den Erfolg. Der Verband muß allen Vertrauenspersonen und den Mitgliedern, die an der Organisationsarbeit tätigen Anteil nehmen wollen, zu gegebenen gewerkschaftlichen Kenntnissen verhelfen. Nicht allein die jugendlichen Mitglieder muß er fördern, auch auf die älteren Kollegen und Kolleginnen muß sich die Bildungsarbeit erstrecken. Besonders tut den weiblichen Mitgliedern Aufklärung not. Ueber die Aufklärungsarbeit unter den Kolleginnen verbreitet sich der Redner ausführlicher. Er zeigt an Beispielen, wie schlecht es manchmal in der Organisation um die weiblichen Mitglieder bestellt ist und welche Mittel angewendet worden sind und angewendet werden müssen, um in der gewerkschaftlichen Frauenbewegung vorwärts zu kommen. Die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation haben viele Mitglieder noch nicht erfaßt, sie wissen nicht, daß oft ihre ganze Existenz und die ihrer Angehörigen von den Maßnahmen der Verbandsleitung abhängig ist oder abhängig gemacht werden kann. Die Leitung des Verbandes in vielen Orten und Bezirken läßt erkennen, wie noch gearbeitet werden muß, um das organisierte Hilfspersonal zu guten Gewerkschaftern zu erziehen. Zum Schluß seiner Ausführungen empfiehlt er die Annahme folgender

Entschlieung zu Punkt „Agitation“.

Der Verbandstag erkennt in der Förderung der Bildungsarbeit durch den Verbandsvorstand das beste Mittel zur Erfassung aller Berufsangehörigen und zur Kräftigung der Organisation. Er beauftragt den Vorstand daher, eine umfassende Bildungsarbeit im ganzen Verbandsgebiet aufzunehmen und sie systematisch zu fördern. Die hierfür geeigneten erscheinenden und bald zu treffenden Maßnahmen des Verbandsvorstandes sind von den Orts- und Gaulteilern unbedingt zu befolgen. Die Leitung der Arbeiten übernimmt der Verbandsvorstand, die Kosten werden von der Verbandskasse getragen.

In der nachfolgenden Aussprache, die in eine besondere Ueberlegung verlegt wird, geht zuerst Pauli-Frankfurt a. M. auf den Antrag 140 der Vorlage ein, wonach gewünscht wird, daß zwei Kollegen jährlich zur Arbeiterakademie entsandt werden sollen. Er unterstützt die Ausführungen des Referenten, daß solche Mitglieder die notwendige Vorbildung mitbringen müssen. Professor Dr. Einsheimer hat in dieser Beziehung schon öfters Klage geführt. Die Entschlieung des Kollegen Schulze bietet eine Handhabe, diesen Zustand zu bessern. Er bittet um möglichst einstimmige Annahme.

A. u. g. u. s. t. e. - Magdeburg verbreitet sich über die Verhältnisse unter unseren Frauen und Mädchen. Die Agitation unter ihnen ist äußerst schwer. Die Teilnahmelosigkeit der Frau liegt hauptsächlich in der wirtschaftlichen Abhängigkeit begründet, auch glaubt sie, daß die Berufstätigkeit nur vorübergehend ausgetübt wird. Viel Schmutz trägt dann die Erziehung. Die alte rückgängige Anschauung, das weibliche Geschlecht nur als gutes Hausmütterchen für den Stricktrumpf und Kochtopf zu erziehen, ist viel zu viel festgewurzelt, wovon selbst der größte Teil unserer Gewerkschafter noch nicht befreit ist. Die Folge davon ist, daß das weibliche Geschlecht viel Zeit, welche zu seiner geistigen Ausbildung dienen könnte, verschwendet an unbedeutenden Handarbeiten, und geistig verarmt. Nicht alle Frauen finden in dieser Tätigkeit ihre Befriedigung und würden ungehemmt auf geistigen Gebieten viel leistungsfähiger sein als allgemeine Wahl wirken können. Es muß daher unsere Aufgabe sein, mit mehr Sorgfalt die Ausbildung unserer weiblichen Mitglieder zu pflegen. Sie dürfen in der Verwertung nicht nur stumme Beisitzer sein, sie müssen zu ge-

werkschaftlicher Betätigung herangebildet werden. Die dritte Ausbildung liegt in der praktischen Betätigung.

T. h. i. e. l. e. m. a. n. n. - Leipzig: Wir müssen uns unbedingt unserer Funktionäre und auch der anderen Mitglieder mehr annehmen, damit sie die notwendigen gewerkschaftlichen Fähigkeiten sich aneignen. Dieses Ziel kann aber nicht durch Flugblätter oder Broschüren, sondern nur von Mund zu Mund erreicht werden. Redner steht dem Antrag Frankfurt wohlwollend gegenüber und bittet die Kollegin Boffe, ihre Gedanken schriftlich niederzulegen, um sie als Material zu verwerten.

S. p. r. i. n. g. e. r. - Leipzig geht die Entschlieung des Kollegen Schulze-Berlin nicht weit genug. Die „Solidarität“ muß Artikel bringen, die für die weniger aufklärten Mitglieder verständlich sind. Der Verbandsvorstand soll häufiger Teile des Textes oder des Statuts in der Zeitung kommentieren.

R. e. i. - Köln empfiehlt ebenfalls, die Ausführungen der Kollegin Boffe den Kolleginnen zugänglich zu machen. Auch mit Romanen, die in Fortsetzungen erscheinen, kann man den Mitgliedern die „Solidarität“ interessanter machen. Eine Flugheft muß herausgegeben werden darüber, was die Organisation den Mitgliedern bietet.

R. a. r. m. - Danzig: Die kleineren Zahlstellen leiden sehr unter dem Mangel an befähigten Köpfen, da die guten Kräfte in Stadtverordnetenparlamenten usw. gewählt werden oder anderweitig tätig sind. Er wünscht, daß der Verbandsvorstand häufiger Agitationsreisen unternimmt und verspricht sich hieron guten Erfolg. Die Besichtigung der Akademie in Frankfurt hat nicht den Vorteil, die die Antragsteller erwarten. Romane in der Verbandszeitung haben keinen Zweck.

P. a. d. u. t. - Königsberg bittet den Antrag seiner Zahlstelle, die Agitation in Ostpreußen mehr zu fördern, dem Hauptvorstand zur Berücksichtigung zu überweisen. Von dem Gehilfen haben die Mitglieder in Königsberg wenig Unterstützung in der Agitation.

L. i. n. a. W. o. l. f. - Dresden wendet sich gegen die Ansicht des Kollegen Larm-Danzig, daß die Entsendung von Mitgliedern zur Akademie in Frankfurt keinen Zweck hätte.

Nach dem Schlußwort des Kollegen Schulze wird seine Entschlieung einstimmig angenommen. Alle Anträge zur Agitation werden dem Verbandsvorstand zur Berücksichtigung überlesen.

Hierauf erstattet die St. a. c. h. e. - Berlin Bericht über die Arbeiten der Beschwerdekommission. Die Beschwerde Knorr-Königsberg gegen seinen Ausschluß bittet er abzulehnen. Dem Antrag um Wiederaufnahme des ausgeschlossenen Mitgliedes Kraas hat sich die Kommission, allerdings nicht einstimmig, angeschlossen. Die Beschwerde von Krummei über seinen Ausschluß lehnt die Kommission ab.

Der Antrag des früheren Mitgliedes Kraas-Berlin auf Wiederaufnahme wird mit 25 gegen 20 Stimmen abgelehnt.

Die Beschwerde Krummei-Berlin über seinen Ausschluß wird gegen eine Stimme abgelehnt. Eine Beschwerde Worlopp-Leipzig gegen seinen Ausschluß lehnt der Verbandstag ab.

Die Beschwerde von Knorr-Königsberg wird abgelehnt. Die Wahlen zum Verbandsvorstand, Redaktion und Revisionskommission haben folgendes Ergebnis: Einstimmig mit je 68 Stimmen werden gewählt: 1. Vorsitzender C. Bucher, 2. Vorsitzender Ernst Hornte, Kassierer Heinrich Dohals, Karl Schulze Redakteur. Als Beisitzer werden gewählt Karl Spalthoff 59 Stimmen, Otto Biele 49 Stimmen, Luise Krapp 61 Stimmen, Oswald Schulze 61 Stimmen, Otto Rahn 62 Stimmen, Martha Märker 66 Stimmen.

In die Revisionskommission werden gewählt: Emil Fornsfeist, Max Spieste, Gustav Bauratz mit je 68 Stimmen. Außerdem haben Stimmen erhalten als Beisitzer zum Verbandsvorstand Reinhold Schulze 18, Richard Wolter 12, Frieda Kraas 5, Paul Preißing 3.

Sonnabend, den 4. Juli 1925.

Den Bericht von der Finanzkommission erstattet Wankenburg-Berlin. Seinen Ausführungen schließt sich eine kurze Aussprache an.

Nachstehende Klasseneinteilung und Beitragsätze werden gegen eine Stimme angenommen: Die Beiträge betragen ab 31. Beitragswoche wöchentlich in

Klasse	I bis 10 Wk.	11 bis 15 Wk.	16 bis 20 Wk.	21 bis 25 Wk.	26 bis 30 Wk.	31 bis 35 Wk.	36 bis 40 Wk.	41 bis 45 Wk.
	30 Pf.	40 "	50 "	60 "	70 "	90 "	100 "	110 "

Bei jeder weiteren Lohnstafel von 5 Wk. erhöht sich der Beitrag um 10 Pf. Restbeiträge sind ab 31. Woche nach den neuen Beitragsätzen zu zahlen.

Gegen 6 Stimmen wird die Arbeitslosenunterstützung wie folgt festgesetzt:

nach 52 8 Tage	nach 156 6 Tage	nach 260 7 Tage	nach 416 8 Tage	nach 520 9 Tage
30 Tage	42 Tage	48 Tage	64 Tage	60 Tage
Werktag 200 Pf.				
80 1,50 0,25	1,80 0,80	2,10 0,95	2,40 0,40	2,70 0,45
40 2,10 0,35	2,40 0,40	2,70 0,45	3,00 0,55	3,30 0,50
50 2,40 0,40	3,00 0,50	3,00 0,60	4,20 0,70	4,50 0,75
60 3,00 0,60	3,60 0,60	4,20 0,70	4,80 0,80	5,40 0,90
70 3,60 0,60	4,20 0,70	4,80 0,80	5,70 0,95	6,30 1,05
80 4,50 0,75	5,40 0,90	6,30 1,05	7,20 1,20	8,40 1,40
100 5,10 0,85	6,00 1,00	7,20 1,20	8,10 1,35	9,00 1,50
110 5,70 0,95	6,60 1,10	7,80 1,30	9,00 1,50	1,05

Die Arbeitslosenunterstützungen treten für Bezugsberechtigte erstmalig nach geleisteten erhöhten 4 Beiträgen in Kraft.

Die Streitunterstützung beträgt, sofern der Streit länger als 2 Tage dauert, das 1/3fache der Arbeitslosenunterstützung, dazu für jedes Kind 1 Wk. wöchentlich.

Die Gemeingeldunterstützung beträgt das 1/3fache der Arbeitslosenunterstützung. Die Krankentunterstützung beträgt die Hälfte der Arbeitslosenunterstützung, jedoch nicht unter 1,20 Wk. je Woche, und zwar für die Mitglieder mit einer Beitragsleistung von 52 bis 260 Wochen 20 Tage, mit mehr als 260 Beitragsleistungen 42 Tage.

Die Krankenunterstützung tritt mit Leistung des 35. Wochenbeitrages 1925 in Kraft.

Nach Erledigung des materiellen Teils der Satzungen gibt der Obmann der ideellen Kommission, Kollege Hecking-Rürnberg, von den Arbeiten dieser Kommission Bericht. Nach kurzer Aussprache über die einzelnen Vorschläge werden unter anderem folgende Beschlüsse gefaßt:

§ 2.

Ziffer 1: Der Verband der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands hat zum Zweck die Vertretung der gewerlichen sowie die Förderung der geistigen und materiellen Interessen seiner Mitglieder unter Ausschaltung aller parteipolitischen und religiösen Fragen.

§ 3.

Ziffer 2 fügt hinzu: „Förderung der Jugendbewegung.“

Verbandsvorstand.

§ 14.

Ziffer 3 erhält folgenden Wortlaut: „Die Wahlen des ersten und des zweiten Vorsitzenden sowie des Kassierers erfolgen auf dem Verbandstag. Die Wahl der übrigen Vorstandsmitglieder und der Revisoren erfolgt ebenfalls auf dem Verbandstag. Die Vorratsstelle hat dem Verbandstag hierfür geeignete Vorschläge in doppelter Anzahl zu machen. Die Wahlen sämtlicher Vorstandsmitglieder gelten bis zum nächsten Verbandstag. Wiederwahl ist zulässig.“

Ziffer 11 erhält folgende Fassung: Die Revisoren der Verbandsstelle wählen einen Obmann, der als Delegierter am Verbandstag teilnimmt.

Verbandsbeirat.

§ 15.

Ziffer 1 erhält folgende Fassung: Der Verbandsbeirat besteht aus 7 Mitgliedern, welche in den Orten Köln, Frankfurt a. M., München, Dresden, Leipzig, Berlin und Hamburg gewählt werden. Die Beiratsmitglieder dürfen nicht besoldete Angestellte des Verbandes sein. In der ersten Sitzung nach der Wahl konstituiert er sich und wählt seinen Vorsitzenden. Bis zu dessen Amtsantritt führt der bisherige Vorsitzende die Geschäfte des Beirats provisorisch weiter.

Ziffer 4: Der Beiratsvorsitzende hat bei allen Gausleiterkonferenzen sowie auf dem Verbandstag Sitz und Stimme.

Zu § 18 wird als Ziffer 6 neu eingefügt: Bei der Aufstellung der Kandidaten zur Delegiertenwahl zum Verbandstag ist in allen Wahlkreisen Vorzorge zu treffen, daß alle im Verband befindlichen Gruppen ihrem Startverhältnis gemäß vertreten sind.

Der Verbandstag beschließt außerdem: Der Verbandsvorstand ist durch den 1. und 2. Vorsitzenden, dem Kassierer und einem weiteren Mitglied aus dem Verbandstag vertreten und hat eine Stimme.

Der Antrag, daß alle Mitglieder des Verbandsvorstandes auf dem Verbandstag anwesend sind, wird abgelehnt.

Selge-Hamburg erstattet darauf Bericht über die Festsetzung der Gehälter und Diäten. Die Vorschläge der Kommission werden einstimmig angenommen.

Der nächste Verbandstag findet in Köln a. Rh. statt. Damit sind die Arbeiten des Verbandstages erledigt. Nach einem kurzen Schlußwort des Kollegen Bucher wird der Verbandstag mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Die Maschine — aus Segen ein Fluch.

Arbeitslosigkeit durch arbeitssparende Maschinen.

Es soll hier nicht über die freudlose Eintönigkeit der Maschinenarbeit, insbesondere der rein mechanischen, gesprochen werden, worüber menschenfreundliche Sozialpolitiker sich mit Recht Sorgen machen. Darüber nur so viel: die Massenproduktion, mögen wir diese Last auch noch so sehr bedauern, wird angesichts des Druckes der immer zunehmenden Bevölkerungsmehrung nicht mehr verschwinden. Das ist einmal unser Schicksal, dem wir nicht zu entkommen vermögen. Heilmittel gegen die seelentötende Eintönigkeit der Fabrikarbeit gibt es keine, es sei denn verkürzte Arbeitszeit und bessere Ausnützung der freien Zeit.

Ein neuer Alpdruck liegt aber auf den Fabrikarbeitern der Welt. Sie haben das Gend und die Not der Wirtschaftskrise noch nicht überstanden, und nun droht ihnen bei bevorstehender Konjunktur daselbe Schicksal, wie während der Wirtschaftskrise selbst: Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Der Segen der Technik, die vollkommene Maschine, steht auf ihrer neuesten Entwicklungsstufe, wo sie die Arbeit bis zu den kleinsten Einzelheiten automatisch allein verrichtet, im Begriff, Millionen von Arbeitskräften überflüssig zu machen. Diese neuen Erfindungen der modernen Technik beanspruchen keine gelehrte Arbeit. Daraus folgt Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit für die Fabrikarbeiter überhaupt, ganz besonders aber für die Gelehrten, falls diese nicht geeignet sind, zu den Lohnsägern der Ungelernten weiter zu arbeiten. Wir stehen jetzt am Beginn einer neuen Entwicklung, deren Folgen unübersehbar sind. Das neue Lösungswort des Kapitals, vor allem in Amerika, aber auch auf Europa in immer weiterem Maße übergreifend, ist die arbeitssparende Maschine. Vornehmlich zwei Gründe sind es, die das Kapital veranlassen, die Technik zu immer neuen Wunderleistungen anzupushen: einmal das Bestreben der Arbeiterschaft, gleich nach dem Krieg ihre Reallohn zu steigern, des weiteren aber die durch die Krise, oft auch in Krisenzeiten erzielte Profite bestmögliche Kapitalbildung, welche den Unternehmern die Anschaffung der sehr kostspieligen Maschinen ermöglicht.

In der amerikanischen Zeitschrift der Schwerindustrie „Iron Age“, die im übrigen eifrig für die arbeitssparende Maschine Propaganda macht, lasen wir kürzlich: Die Produktion hat sich von Juli 1914 bis Januar 1925 um 28 Prozent, für einzelne Produkte, wie Öl, Kohlen usw. um 34 Prozent gesteigert, der Beschäftigungsgrad aber nur um 6,5 Prozent. Dieses Zeitschrift stellt fest, daß gegenwärtig 29 Prozent der beschäftigten

Arbeiter auf Kurzarbeit gestellt sind. Andere Quellen berichten darüber, daß die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten gegenwärtig, zur Zeit der Konjunktur, 25 Millionen beträgt. Die Bedeutung dieser Zahl ist um so größer, weil bekanntlich die Einwanderung nach den Vereinigten Staaten seit Jahren außerordentlich eingeschränkt ist. So war zum Beispiel die Eisen- und Stahlproduktion im März 1925 um 30 bis 40 Prozent größer als vor dem Krieg, und dennoch gab es dort eine Arbeitslosigkeit. Dies ist nur zum Teil durch organisatorische Fortschritte, zum größeren Teil aber durch die neuen arbeitssparenden Maschinen verursacht.

Ein amerikanischer Professor, Paré Winton, kündigt in der Zeitschrift „Atlantic Monthly“ den Untergang der gelehrten Arbeit an. Seiner Behauptung zufolge können die Fertigkeiten für 45 Prozent aller Arbeitsposten in der Automobilindustrie in einem Tag erlernt werden, 36 Prozent beanspruchen nicht mehr als eine Woche Lernzeit und nur 1 Prozent erfordert eine Ausbildung von mehr als einem Jahr. Die Ablösung der gelehrten durch ungelernete Arbeiter tritt in der Stahlindustrie am meisten hervor. Die Arbeiter machen kaum mehr als Griffe an Hebeln, während das andere durch Dampf und Elektrizität verrichtet wird. Als die Stahlwerke Arbeiter brauchen, haben sie Mexikaner und Neger zugezogen. Der Baumwollpflanzler kann beinahe sofort in ein Stahlwerk eingestellt werden.

Die gleichen Erscheinungen treten aber auch in Europa auf. Für englische Verhältnisse ist der jüngst ausgebrochene Konflikt im Baugewerbe bezeichnend: Es handelt sich dort darum, daß fünfzig Wohnhäuser aus Stahl nach einem neuen System gebaut werden sollen, das Facharbeiter zum größten Teil überflüssig macht. Die Organisationen der Bauarbeiter bestehen darauf, daß bei der Errichtung von Stahlhäusern beschäftigten Bauarbeiter nur zu den Löhnen, die für die Bauarbeiter tarifvertraglich festgesetzt sind, arbeiten dürfen.

Der Internationale Kongress der Glasarbeiter in Prag im September 1924 beschäftigte sich mit der Arbeitslosigkeit der Glasarbeiter infolge der Einführung neuer Maschinen. Es wurde festgestellt, daß in England die mechanische Herstellung der Flaschen so weit fortgeschritten ist, daß in Schottland die Glasarbeiter ganzer Bezirke entlassen wurden. Derselbe Vorgang begarf für Fensterglas in Belgien, Frankreich, der Tschechoslowakei, für Flaschen in Frankreich um sich zu greifen, auch in Deutschland ist durch Einführung amerikanischer Betriebsmethoden namhafte Arbeitslosigkeit in der Glasindustrie entstanden.

Was insbesondere Deutschland anbetrifft, so sind Bestrebungen zur Einführung arbeitssparender Maschinen hier ebenfalls vorhanden. In der erwähnten Zeitschrift „Iron Age“ (9. April) wird mitgeteilt, daß die Kreditgesellschaft deutscher Unternehmungen für langfristigen Kredit auf den Wunsch der letzteren, neue arbeitssparende Maschinen zu kaufen, zurückzuführen sind. Der Generaldirektor der Reichsbahn hat erst kürzlich darüber einen Vortrag gehalten, wie in den Eisenbahnwerkstätten infolge der Einführung neuer Maschinen und Arbeitsmethoden ein erheblicher Teil der Arbeiter überflüssig geworden ist. Die neuen Maschinen hatten aber auch in die Bureaus, vornehmlich in die Banken ihren Einzug. Rechnende Schreibmaschinen, schreibende Rechenmaschinen, Loch-, Sortier- und Buchungsmaschinen werden eingeführt. (Siehe den sehr lehrreichen Aufsatz in der „Frankfurter Zeitung“ vom 1. Mai, erstes Morgenblatt.) Angeht werden in der Filiale und Depositionszentrale einer D-Bank mit Hilfe dieses Systems der Mechanisierung der Arbeit und der neuen Maschinen 70 bis 80 Prozent des Personals überflüssig. Allein durch Einführung von Maschinen soll ein weiterer Abbau des schon verringerten Personals um 15 bis 25 Prozent (nach Schätzungen der Großbanken) möglich sein.

Diese Beispiele sprechen deutlich genug für die Größe der Gefahr, die hier vorliegt. Wie soll ihr gefeuert werden? Der Beschluß auf dem Internationalen Kongress der Glasarbeiter ist weitgehend: er fordert unter anderem die Regelung und Einschränkung sowohl der Benützung automatischer Maschinen wie der Errichtung von neuen Betrieben, des weiteren die Entschädigung der überflüssig gewordenen Arbeiter, wozu die Industrie eine Ausgleichsstufe schaffen soll. Die mechanisch arbeitenden Betriebe sollen an diese besondere Beiträge abführen. Die umgewandelten Betriebe sollen in erster Linie die früheren Glasarbeiter, die sonst ihre Beschäftigung verlieren würden, einstellen.

Der Bericht der Untersuchungskommission der englischen Arbeiterpartei über die „Vergeldung im Kapitalismus“ beschäftigt sich ausführlich mit der Frage der arbeitssparenden Maschinen und stellt fest, daß die Gewerkschaften gegen die Einführung derselben keinen Widerstand leisten. Es wäre eine müßige und unnütze Sache — sagt der Bericht — sich dem Fortschritt der Erfindungen zu widersetzen. Die Gewerkschaften müssen aber verstehen, daß die Arbeiter unter der Einführung neuer Maschinen leiden und die Interessen der Arbeiter wahrnehmen. Auf diesem Gebiet haben die Gewerkschaften vor allem die Aufgabe der Neuverteilung der Arbeitskraft, um die überschüssigen Arbeitskräfte in neue Bahnen zu lenken. Was aber den einzelnen Arbeiter als solchen anbelangt, — so heißt es im Bericht — so kann es nicht wundernehmen, wenn er die Neuerungen, die seine Stellung gefährden und ihn mit dem Verlust seiner Beschäftigung bedrohen, mit Mißtrauen betrachtet. Er kann nicht damit vertriebt werden, daß diese Neuerungen letzten Endes mehr Arbeitsgelegenheit schaffen werden. Er kann nicht warten, bis dies einmal erfolgt. Sein Mißtrauen würde nur schwinden, wenn ihm der Lohn, wie es bei den Bauarbeiten geschah, für jeden Fall unverfälschter Arbeitsmöglichkeit gesichert würde.

Eine weitere volkswirtschaftliche Unterlegung des Problems führt uns zur Prüfung der Gesamtlage, aus der die Einführung arbeitssparender Maschinen entspringt. Das Kapital will nicht Arbeit, sondern Löhne sparen, damit sein Profit gesteigert wird. Was folgt aber daraus? Nicht die bessere Versorgung der Bevölkerung durch einer verbilligten und vergrößerten Produktion, wie sie sich durch die erweiterte Maschinenarbeit ergeben müßte. Denn bei der Vermehrung der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit und bei niedrigen Löhnen und Gehältern kann die Bevölkerung die erzeugten Waren nicht aufnehmen, was zur dauernden Überproduktion und damit zur ständigen Krise führt. Schon deshalb ist eine staatliche Lohnpolitik, die die

Kaufkraft der Bevölkerung heben soll, unbedingt nötig. Des weiteren geht die Kapitalbildung in der Industrie infolge der schlechten Löhne und hohen Preise im Verhältnis zur Verbrauchsfähigkeit zu rasch vor sich. Die Unternehmer sind daher in der Lage, immer größere Kapitalien in Maschinen anzulegen. Die Anschaffung der neuen Maschinen durch übermäßige Kapitalbildung geht aber mit der Verelendung der Massen einher. Auch von dieser Seite gesehen ist eine neue Politik der Verteilung, die eine zu rasche Kapitalbildung unterbindet, erwünscht. Die arbeitssparende Maschine könnte ein großer Vorteil sein, ja eine Wohltat sein, wenn die dadurch überflüssig werdenden Arbeitskräfte in der Produktion verwertet, beziehungsweise in andere Produktionszweige übergeführt werden könnten. Die Produktionspolitik des Hochkapitalismus, des Monopolkapitals mit seinen Produktionseinschränkungen und seiner Kapitalausfuhr steht aber einer gleichmäßigen Erweiterung der inländischen Verbrauchsfähigkeit entgegen. Das Problem der arbeitssparenden Maschinen fügt sich also in den Kampf gegen das Monopolkapital ein. Auf diese Weise macht auch die neue arbeitssparende Maschine die Unhaltbarkeit der kapitalistischen Wirtschaft an einer besonders wunden Stelle sichtbar.

Vordringen der ungelerneten Arbeiter.

Eine in der englischen Zeitschrift „Economist“ veröffentlichte Untersuchung über die Verteilung der englischen Arbeitslosigkeit auf die verschiedenen Altersklassen verdient allgemeine Beachtung. Seit Kriegsende sind zwei Millionen Jugendliche in die Industrie gefloßen und haben die älteren und alten Arbeiter aus ihren Stellen verdrängt. Die Ziffern zeigen, daß der Prozentsatz der Arbeitslosen für jugendliche männliche Arbeiter unter 19 Jahren und unter 17 Jahren bei Mädchen viel niedriger ist, als für die gesamte Arbeiterschaft. Die Arbeitslosigkeit ist in den Reihen der Jugendlichen viel weniger verbreitet, als unter anderen Gruppen der Arbeiter. Diese Jugendlichen haben aber in der Mehrzahl infolge des Krieges und der Nachwirkungen desselben keine Lehrzeit hinter sich und wurden nicht zu Facharbeitern ausgebildet. In der nächstfolgenden Gruppe, Arbeiter zwischen 18 bis 24 Jahren, kann man ebenfalls beobachten, daß der Prozentsatz der Arbeitslosigkeit für Arbeiter unter 21 Jahren geringer ist als bei den 21- bis 24jährigen. Die Arbeiter aus dieser Gruppe standen während des Krieges in Arbeit und waren deshalb ebensoviele wie die erste Gruppe in der Lage, eine gute Berufsausbildung zu erhalten. Die Zahl der Arbeitslosen in dieser Gruppe beträgt 208 000 Männer, 112 000 Frauen. Die Arbeiter zwischen 25 bis 30 Jahren waren in der Mehrzahl Kriegsteilnehmer, auch ihre Ausbildung und Erfahrungen sind geringer als sie ohne den Krieg hätten sein können. In dieser Gruppe waren arbeitslos 117 000 Männer, 42 000 Frauen. In die Gruppe von 30 bis 35 Jahren gehört die Hauptmasse der Facharbeiter. In dieser Gruppe ist der Prozentsatz der Arbeitslosen am größten. Ihre Zahl beträgt 442 000, darunter 270 000 im Alter zwischen 30 bis 45. Die Zahl der Arbeitslosen über 55 Jahre beträgt 192 000; jeder fünfte Arbeitslose gehört in diese Gruppe. Im Jahre 1921 waren noch über 300 000 Arbeiter im Alter von 70 Jahren und darüber beschäftigt. Aus der Betrachtung geht hervor, daß die jungen Arbeiter nicht nur deshalb von den Unternehmern bevorzugt werden, weil ihre Löhne an sich niedriger sind als die der Erwachsenen, sondern auch, weil sie infolge der Kriegservähnisse keine Berufsausbildung erhielten und deshalb als ungelernete Arbeiter angestellt werden können. Die Entwicklung der Maschinen in den letzten Jahren fördert aber die Tendenz, unter Ausschaltung von Facharbeitern die Zahl der ungelerneten Arbeiter zu erhöhen. In der geringeren Arbeitslosigkeit der jungen Arbeiter kommt auch die Tatsache bereits zur Geltung. Im „Economist“ wird der Vorschlag gemacht, daß zur Verminderung der Arbeitslosigkeit Jugendliche unter 15 Jahren und Ältere über 65 Jahre — die Gesamtzahl dieser beiden Gruppen beträgt 800 000 — von der Arbeit ausgeschlossen werden sollten, damit sie den anderen, zurzeit unbeschäftigten Arbeitern, Platz machen. Die Ernährung dieser Gruppen würde angeblich nicht mehr kosten als die gegenwärtige Arbeitslosenunterstützung.

Abrechnungen.

In der vergangenen Woche gingen bei der Hauptkassafolgende Zahlungen ein:
Gau Leipzig 500 Mk.,
Gau Bielefeld, 3. Rate 900 Mk.
Berlin, 5. Juli 1925. G. Lodaßl.

Für die Woche vom 13. bis 18. Juli ist die Beitragsmarke in das mit 29 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuchs oder der Karte zu kleben.

Unserer lieben Kollegin Elsa König bringen wir hiermit zu ihrem 25jährigen Arbeitsjubiläum die besten Glückwünsche, ferner wünschen wir, daß sie noch recht lange gesund und dem Gewerbe als auch dem Verband treu sein möge. Zachstille Zwidau.

Unserer lieben Kollegin Erna Ständige und ihrem Gemahl Jader die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Die Zachstille Frankfurt a. d. Ober.

STERBETAFEL.
Am 26. Juni 1925 verstarb nach längerem Leiden unser lieber Kollege und Vorstandsmittglied
Willy Nungesser
im Alter von 28 Jahren.
Wir verlieren in ihm einen stets hilfsbereiten, arbeitsfreudigen Kollegen; wir werden ihm ein treues Andenken bewahren.
Die Wittkeder der Zachstille Darmstadt.

Verantwortlich für Redaktion: A. Schulz, Charlottenburg, Westfälische Straße 16. Fernruf: 301 Westend 1923. - Verlag: G. Lodaßl, Charlottenburg. - Druck: Wilmars-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68.